

## **Aktionsplan Inklusion und Demographie (Landkreis Regensburg)**

**Ort: Landratsamt Regensburg, Kleiner Sitzungssaal**

**Datum und Uhrzeit: 14.06.16, 19:30 Uhr**

### **2. Treffen Arbeitsgruppe Schule und Erziehung**

#### **Teilnehmer: 21**

- Abbenhues, Bertin (Katholische Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e.V.)
- Bader, Susan (Landratsamt – Kreisjugendamt)
- Bauer, Josef (Markt Nittendorf)
- Dierl, Klaus (Staatliche Schulämter im Landkreis und in der Stadt Regensburg)
- Eggenfurtner, Evelyn (Elternrunde Down-Syndrom)
- Faltermeier, Ludwig (Bischoff-Wittmann-Schule, ehrenamtlich)
- Groß, Julia Maria
- Gstettner, Konrad (Fachschule für Heilerziehungspflege der Barmherzigen Brüder)
- Haas, Ludwig (Inklusionsbeauftragter Gemeinde Nittendorf)
- John, Michael (BASIS-Institut GmbH)
- Kaiser, Sieglinde (Landratsamts-Kreisjugendamt)
- Kammermeier, Josef (Nothing is Forever e.V.)
- Klepatz, Anja
- Liedl, Anton (Staatl. Berufschulezentrum Regensburger Land)
- Mooser, Karl (Landratsamt Regensburg – Sozialabteilung)
- Riepl, Christoph (Landratsamt Regensburg)
- Rosenberg, Andrea (Gemeinde Pentling)
- Rosner, Stefan (Unabhängige Beratungsstelle Inklusion, Landkreis Regensburg)
- Spreitzer, Wenzel (Bezirksverband der Gehörlosen Oberpfalz e.V.)
- Tiedemann, Elena (BASIS-Institut GmbH)
- Zwosta, Margit (Ambulanter Dienst der Schulbegleitungen der KJF Regensburg)

#### **Tagesordnungspunkte:**

1	Begrüßung durch Herrn Mooser .....	1
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Diskussion .....	2
4	Verabschiedung durch Herrn Mooser .....	13

#### **1 Begrüßung durch Herrn Mooser**

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Mooser, Leiter der Sozialabteilung des Landratsamts Regensburg, alle TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Schule und Erziehung des Aktionsplans Inklusion und Demographie und bedankt sich für deren zahlreiches Erscheinen. Er freut sich auch über die neuen Mitglieder beim zweiten von

insgesamt drei Workshops zum Thema Schule und Erziehung. Anschließend gibt er das Wort an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

## **2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John**

Herr John begrüßt die Teilnehmer des Workshops und stellt das Vorgehen der heutigen Sitzung vor: Die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten Maßnahmen sollen besprochen und systematisch durch die Teilnehmer ergänzt werden. Zuletzt werden Zieldefinitionen besprochen. Bis zur nächsten Sitzung soll dann ein Entwurfstext von etwa 6-10 Seiten erarbeitet werden. Dort sollen auch Ergebnisse aus der vom BASIS-Institut durchgeführten Befragung von Menschen mit Behinderung (MmB) einfließen. Dieser Entwurfstext wird den Teilnehmern eine Woche vor der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt. Als Vorgehensweise schlägt er ähnlich wie letztes Mal vor, zunächst das Thema frühkindliche Bildung und dann Schule zu diskutieren.

## **3 Diskussion**

Als Zusatzinformation zur Datenlage über Kinder mit Inklusionsbedarf führt er die Informationen von Frau Weiß vom Bezirk Oberpfalz an. Entsprechend des EDV-Systems des Bezirks gebe es aktuell 130 Plätze bzw. Kinder mit Inklusionsbedarf in insgesamt 60 Einrichtungen: 107 in Kindergärten, 6 in Kinderhorten und 17 in Krippen.

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist durch die an die Wand projizierten Maßnahmeformulierungen grob vorgegeben. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

## **Bereich frühkindliche Bildung**

### **Förderung der Gebärdensprache**

Die erste Maßnahme bezieht sich auf Förderung von mehr Gebärdensprache in Kindertageseinrichtungen (Kitas). Demnach soll u. a. das Personal von Kitas in Gebärdensprache geschult werden. Herr Spreitzer vom Bezirksverband der Gehörlosen Oberpfalz e.V. begrüßt diesen Maßnahmenvorschlag und stimmt ihr voll zu.

## **Raumkonzepte**

Gemäß der nächsten Maßnahme zum Thema Raumkonzepte wird eine Weiterentwicklung des Summenraumprogramms unter Berücksichtigung der Anforderungen, die die Inklusion an Einrichtungen stellt, angestrebt. Herr Abbenhues von der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e. V. merkt an, dass nicht allein die Größe des Raumes entscheidend sei. Die Kinder bräuchten Differenzierungsmöglichkeiten. Es dürfe keine Reizüberflutung in den Räumen geben. Größere Räume seien beispielsweise für Autisten nicht verkraftbar. Er wünscht sich mehr Ausdifferenzierungsmöglichkeiten der Räumlichkeiten. Herr John möchte wissen, wie viele Träger hier vertreten seien und wie diese Weiterentwicklung von den Trägern gesehen werde. Frau Rosenberg von der Gemeinde Pentling berichtet von zwei kommunalen Kindergärten. Das Problem bei Aufnahme von Kindern mit Behinderung sei, dass es physische Barrieren wie Treppen gebe. Man versuche etwas möglich zu machen, aber es sei schwierig. Ohne Umbauten sei beispielsweise die Aufnahme von blinden Kindern nicht möglich. Es gebe Mobilitätseinschränkungen und kognitive Einschränkungen bei den betroffenen Kindern. Ein barrierefreier Zugang sei wichtig. Der Turnraum sei barrierefrei nicht erreichbar, und man müsse immer 1:1 betreuen. Dadurch hätten die Kinder weniger Chancen, Selbstständigkeit zu erlernen. Außerdem seien die Waschräume zu eng. Man müsse für jedes Kind eine individuelle Lösung finden, z. B. einen anderen Stuhl. Frau Kaiser vom Landratsamts - Kreisjugendamt berichtet, dass es sich um ein älteres Gebäude handle. Es gebe die größten Probleme bei älteren Gebäuden. Ferner informiert sie, dass es vor zwei Jahren eine Abfrage des Ministeriums bezüglich Barrierefreiheit bei den Einrichtungen gegeben habe, bei der festgestellt wurde, dass nur sehr wenig barrierefrei gewesen sei. Überdies sei eine barrierefreie Gestaltung in vielen Gebäuden nicht möglich gewesen. Die Meinung, dass bautechnisch momentan nicht viel zu machen sei, wird vom Plenum bestätigt. Es wird davon berichtet, dass ein neuer Kindergarten in Planung sei. Dort müsse man Aufzüge bauen und den Kindergarten in Richtung des Raumprogramms gestalten. Herr John interessiert sich dafür, wer im Falle eines Kindergartenbaus berät. Frau Kaiser klärt auf, dass eine Beratung z.B. durch das Landratsamt und die Regierung erfolge. Herr John möchte wissen, ob es besonders positive Beispiele von Architekten bezüglich Neubauten gebe. Frau Kaiser erläutert, dass es in der Regel mit allen funktionieren würde. Allerdings berichtet sie auch von zwei Fällen, in denen geplante Aufzüge aufgrund der Kosten nicht installiert werden konnten. Es wird hervorgehoben, dass besonders der Sanitärbereich wichtig sei, da manche Kinder mit Beeinträchtigungen

zweimal am Vormittag gewickelt werden müssten. Eine Lösung sei eventuell das nachträgliche Einbauen von Hebebühnen. Herr John fasst zusammen, dass die Beratung da ist, es aber oft noch an der Umsetzung hapere. Er stellt die Frage, ob es Überlegungen oder gute Beispiele von Außenbereichen gebe. Er hat den Eindruck, dass es oftmals bei Frühfördereinrichtungen positive Beispiele gebe, aber bei den Regelkindergärten häufig nicht. Frau Bader vom Landratsamt – Kreisjugendamt hält Außenbereiche vom Gefühl her für zugänglicher als Innenbereiche. Herr John berichtet, dass es eine Befragung des Instituts für Frühpädagogik gebe, die Ergebnisse aber erst nächstes Jahr verfügbar sei. Allerdings werde aktuell eine Befragung von Eltern mit Kindern mit Beeinträchtigungen vom BASIS-Institut durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung werde man bei der nächsten Sitzung vorstellen. Im Bereich Kitas gebe es eine starke Trägerperspektive durch die jeweiligen Fachberatungen. Frau Bader berichtet, dass man diesbezüglich fachliche Empfehlungen mit Verbänden und der Regierung Oberbayern und Oberpfalz erarbeitet habe. Diese erarbeiteten Empfehlungen seien die Basis, woran sich die Einrichtungen orientieren sollen. Es handle sich hierbei allerdings um eine fachliche, nicht aber um eine räumliche Empfehlung. Herr John möchte wissen, wie es sich mit dem Austausch verhält. Frau Kaiser merkt an, dass diese Empfehlungen nicht für den Landkreis allein, sondern übergreifend für die Oberpfalz erarbeitet worden sei. Herr John hält es für wichtig, dass sich die Verbände in einem Landkreis auf ein gemeinsames Konzept zur Inklusionsumsetzung einigen. Herr Abbenhues fragt sich, woher man weiß, welche Kinder in welcher Trägerschaft sind. Er befürwortet einen Überblick darüber, welche Kinder in welcher Trägerschaft sind. Er betont, dass eine fachliche Einigung nur dann etwas nütze, wenn die Einhaltung dieser Standards durch die Regierung gesichert sei.

### **Fachdienst**

Als nächstes wird die Maßnahme besprochen, ob die Gründung eines Arbeitskreises der Fachberatung, der sich mit Inklusion in Kitas näher befasst, nötig ist. Herr John habe dazu unterschiedliches aus dem Landkreis gehört. Deswegen stellt er die Frage, was eine sinnvolle Maßnahme darstellen würde. Frau Kaiser hält es für angezeigt, die fachliche Beratung mit den Einrichtungsleitungen diesbezüglich wieder aufleben zu lassen. Einen regierungsübergreifenden Ansatz hält sie für wenig sinnvoll. Ferner müsse man die Trägerstruktur berücksichtigen, da manche Träger Einrichtungen beispielsweise nur in der Stadt hätten. Allerdings solle man die Diskussion um Standards

zumindest oberpfalzweit angehen und nicht nur auf den Landkreis beschränken. Als Grund führt sie an, dass viele Kinder aus dem Landkreis in der Stadt in Kitas gehen. Deswegen dürfe man die Fachberatungen nicht außen vor lassen. Insgesamt gebe es mehr als 100 Gastkinder in der Stadt aus dem Land. Herr John möchte in Erfahrung bringen, ob die Zielrichtung Austausch der Fachberatungen oder Austausch der Einrichtungsleitungen zu bevorzugen sei. Frau Kaiser empfiehlt als ersten Schritt eher einen Austausch der Fachberatungen. Herr John verweist auf § 78 des Sozialgesetzbuchs VII Kinder- und Jugendhilfe, wonach die Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben sollten. Er möchte wissen, ob dies bereits umgesetzt werde. Es wird eingeworfen, dass Fachberatungen unterschiedliche Schwerpunkte hätten. Man müsse dies alles gesondert betrachten, z. B. Sonderschullehrer, Psychologen und Physiotherapeuten. Herr John merkt an, dass Fachberatungen sehr an die Trägerstrukturen gebunden seien. Aus diesem Grund möchte er wissen, ob man sich inklusionstechnisch fachübergreifend bezüglich verschiedener Angebote und Standards abstimme. Herr Abbenhues berichtigt, dass es sich um Fachberatung statt Fachdienste handle. Fachdienste würden über die Frühförderstellen in Kindergärten kommen. Außerdem gebe es Mobile Sonderpädagogische Hilfen. Von Heilpädagogen und Sonderpädagogen werde der durch den Bezirk finanzierte integrative Fachdienst geleistet. Dieser stelle bis zu 50 Stunden pro Kind pro Jahr zur konkreten Förderung zur Verfügung. Herr John stellt fest, dass es sich bei der Förderung von Kindern um eine multidisziplinäre Arbeit u. a. mit Ergotherapeuten, Sozialpädagogen und Psychologen handelt. Es gebe zwei Modelle der Multidisziplinarität: Entweder sind die Experten in der Einrichtung ansässig oder sie kommen von außen in die Einrichtungen (Konsiliarmodell). Frau Rosenberg erzählt, dass die Fachdienste kommen und somit z. B. die Logopädie in der Einrichtung stattfindet. Nur sei dies im Alltag schwierig, da die Abläufe nicht so leicht in den Kindergartenalltag integrierbar seien. Verschiedene Logopäden seien logistisch kaum möglich. Frau Groß hält es für wichtig, dass alle einen gemeinsamen Alltag leben und nicht Separierung vorherrsche. Frau Klepatz berichtet von ihren Erfahrungen im integrativen Kindergarten. Sie habe ein fünfjähriges Kind mit Beeinträchtigungen. Es habe Montag Logopädie, Dienstag Physiotherapie usw. Es sei wichtig, dass diese Förderung im Kindergarten gemacht werde. Sie selbst könne bei Bedarf dazukommen. Diese Struktur gebe es seit ein paar Jahren. Sie spricht sich dafür aus, mehr Erzieher in anderen Einrichtungen anzuleiten und findet die Entwicklung super. Herr Kammermeier von Nothing is Forever e. V. erzählt, dass er ein Kind mit seltener

Krankheit hat. Dieses würde ebenfalls den Integrationskindergarten in Lappersdorf besuchen. Es gebe dort einen festen Tag, wo die Kinder Freizeit haben und kein Therapeut mit den Kindern arbeite. Frau Bader erklärt, dass die Situation stark davon abhängt, welches Konzept der Kindergarten verfolge. Lappersdorf sei eine Ausnahme mit anderen Voraussetzungen bezüglich Fachpersonals. Die Gruppen seien immer voll belegt und der Kindergarten würde einen guten Ruf genießen. Außerdem gebe es durchgängig Fachpersonal. In Kleinkommunen gebe es eher Einzelintegration. Da sei die Planung schwierig. Frau Klepatz berichtet, dass ihr Kind in Lappersdorf nur Gastkind sei. Deswegen habe sie im Ferienkindergarten keinen Platz erhalten. Sie empfindet es als schwach, dass Gastintegrationskinder vom Ferienkindergarten ausgeschlossen werden. Herr John stellt fest, dass eine Konzentration auf das eigene Versorgungsgebiet ein Problem darstellt. Frau Klepatz fährt fort, dass ihr Kind in den letzten Jahren immer dabei gewesen sei. Sie fragt sich, ob Kinder mit Behinderung als Konkurrenz zu Flüchtlingskindern angesehen werden, da diese wirtschaftlich später mehr Erfolg bringen würden. Herr John stellt fest, dass es nicht genügend integrative Angebote gibt. Er fragt nach, ob es Kommunen geben könne, die sich um Integrativplätze kümmern. Ziel sei jedes Kind in der Kommune unterzubringen und eine integrative Gruppe wohnortnah zur Verfügung zu stellen. Herr John verweist auf die Bedarfsplanung der Kitas der Kommunen. Viele Kommunen würden bezüglich genehmigter und tatsächlich verfügbarer Plätze eine Milchmädchenrechnung durchführen. Zusätzlich gebe es durch die Flüchtlinge eine weitere Reduzierung der Plätze. Herr Mooser ergänzt, dass er die Überbelegung der Träger für einen gefährlichen Weg halte. Herr Faltermeier von der Bischoff-Wittmann-Schule erklärt, dass die Situation in den Kindergärten genauso schwer wie in den SVEs sei. In der Bischoff-Wittmann-Schule gebe es fünf SVE-Gruppen, aber keine zusätzlichen Ressourcen durch die Regierung. Herr Mooser stimmt zu, dass dies ein ständiges Thema sei und ein dringender Bedarf integrativer Plätze bestehe. Herr Faltermeier ergänzt, dass beispielsweise chronisch kranke Kinder einen hohen Förderbedarf im Vorschulbereich haben. Herr John stützt diese These, indem er die anfänglich zitierten Daten über Kinder mit Inklusionsbedarf mit denen von anderen Landkreisen vergleicht. Demnach hänge der Landkreis Regensburg bezüglich integrativer Plätze zurück. Herr Gstettner von der Fachschule für Heilerziehungspflege der Barmherzigen Brüder bemängelt, dass kein ausreichend geschultes Personal fehle: an der Fachschule Tegernheim gebe es 20 neue Schüler, aber keine praktische Einsatzmöglichkeiten in Einrichtungen während der Ausbildung. Herr John weist darauf

hin, dass man bei integrativen Einrichtungen die Fachkraftquote sicherstellen müsse. Heilerziehungspfleger ohne Erzieherausbildung würden nicht mitgerechnet. Frau Kaiser fügt hinzu, dass man erst ab drei bewilligten integrativen Kindern als integrativer Kindergarten zähle. Erst dann werde ein Heilerziehungspfleger als Fachkraft gezählt. Herr Gstettner kritisiert, dass die Auszubildenden keine Praxisstelle bekämen. Oft würde man die Antwort erhalten, man dürfe sich bewerben, wenn man fertig sei. Aus diesem Grund würden die Auszubildenden normal als Hilfskräfte eingestellt.

## **Bereich Schule**

### **Förderliche Bedingungen für inklusive Schulen schaffen**

Herr John leitet den Bereich Schule ein, indem er die Frage stellt, was man für eine gelingende schulische Inklusion bräuchte. Er merkt an, dass die in der Runde versammelten am engagiertesten seien, diese Engagementbereitschaft aber ohne Strukturen kein Modell sei, welches sich für die Masse der Schulen eigne. Es gelte festzustellen, wo es reicht oder wo eben noch nicht. Es sei allerdings nicht Sache des Landkreises, Personalmittel zur Verfügung zu stellen. Herr Haas, Inklusionsbeauftragter der Gemeinde Nittendorf, beleuchtet die Inklusionsthematik in Bezug auf Realschulen. Er berichtet, dass in Nittendorf viele Schüler nach Regenstauf pendeln würden. Deswegen plane man, eine Realschule in Nittendorf zu errichten. Im Sekundärbereich würde gar nichts passieren, z. B. bezüglich Schulpsychologen. 25 Prozent der Schüler seien verhaltensgestört. In Luxemburg gäbe es ein anderes Modell. In den Schulen hier würde man sich kaum um diese Kinder kümmern. Es bedürfe eine Realschule mit Inklusionscharakter für sozio-emotionale Störung. Nach der Grundschule seien diese Probleme nicht verschwunden. Es gebe viele Kinder, die das Gymnasium verlassen würden. Deswegen wolle man eine Realschule bauen. Dies würde ein Modellprojekt darstellen, da es nur fünf Realschulen in Bayern mit Inklusionscharakter, genauer gesagt im audio-visuellen Bereich, gibt. In Nittendorf wolle man die Profilbildung vorantreiben und eine Öffnung nach außen gewährleisten. Es gebe beste Voraussetzungen, da die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die Katholische Jugendfürsorge, und die Diakonie dort involviert seien. Alle Voraussetzungen seien erfüllt. Man dürfe nicht alle Kinder mit Problemen im sozio-emotionalen Bereich abschreiben. Herr John erläutert, dass es in Räumen mit viel Zuwanderung die gleichen Probleme gebe, wie beispielsweise im Münchener Umland. Es sei eine andere Situation als bei sinkenden Schülerzahlen. Im Bereich sozio-emotive Störungen seien alle Schulen

unterversorgt. Manche Gymnasien würden diese Schüler loswerden und am Schluss würden diese Schüler in Bayern dann häufig in der Mittelschule landen. Allerdings sei es langfristig nicht Sinn der Inklusion, nur herausgehobene Schulen zu besonderen Inklusionsschulen zu machen. Vielmehr solle man in allen Schulen für verhaltensauffällige Kinder Bedingungen schaffen, die sie unterstützen. Bezüglich der Ressourcenausstattung gebe es keine/kaum unterschiedlichen Personalzuweisungen je nach Schülerzahlen von Schülern mit Inklusionsbedarf. Man müsse die Schulen so ausstatten, dass sie vernünftig ausgestattet seien. Ein Neubau einer Schule sei hier im Rahmen der Arbeitsgruppe schwer zu diskutieren, es gehe eher um gelingende Ressourcen für den Schulbetrieb. Herr Haas untermauert, dass man im Realschulbereich überbelegt ist und sich die Situation nicht bessere. Deswegen müsse man als ersten Schritt eine neue Schule bauen und dann entsprechendes Personal einstellen. So gebe es beispielsweise keinen Schulsozialarbeiter an Realschule und Gymnasium. Der Staat kümmere sich nicht um den Sekundärbereich, weswegen der Bau einer neuen Realschule ein Leuchtturmprojekt darstellen würde. Herr John fasst zusammen, dass Inklusion an Schulen bisher sehr stark auf Grund- und Mittelschulen fokussiert gewesen ist. Auch die Fördersysteme für Berufsschulen etc. scheinen nicht ausreichend. Herr Haas unterstreicht nochmal, dass 20 bis 25 % der SchülerInnen sozial gestört seien und man sich nicht nur auf Körperbehinderungen fokussieren dürfe. Herr John verweist nochmals auf die Schulsozialarbeiter, die bei sozialen Problemen aktiv werden könnten. Herr Liedl vom Staatlichen Berufsschulzentrum Regensburger Land berichtet von einem Modellprojekt im Bereich inklusive berufliche Bildung. Früher sei man bei sozialen Problemen einfach gescheitert. Es handle sich bei vielen Hilfsangeboten um einen Reparaturbetrieb finanziert durch die Bundesagentur. Die beruflichen Schulen würden die Ressourcen nicht bekommen. Es gebe zwei Schienen: ausbildungsbegleitenden Maßnahmen vom Träger und Förderberufsschulen. Diese hätten sich entwickelt und sollten in reguläre Berufsschule gelegt werden. Schüler würden scheitern, weil Maßnahmen nicht umsetzbar seien. Herr John möchte wissen, was man konkret brauchen würde. Herr Liedl erklärt, dass in regulären Schulen der Mobile sonderpädagogische Dienst (MSD) zur Diagnostik mit Schulpsychologen und Jugendsozialarbeitern an Schulen (JaS) zusammenarbeiten würde. So könne man genau diagnostizieren, welche Maßnahme angebracht sei und wie man diese Maßnahme umsetzen könne. Es solle offene Unterrichtsformen mit individueller Förderung geben. Es gebe aber ein Zeitproblem bei ausbildungsbegleiteten Maßnahmen. Wenn alles nichts helfe, müsse man eine Werker Ausbildung machen.

Herr John fasst zusammen, dass es einer differenzierteren Möglichkeit für individuelle Förderung bedarf. Ferner sollte es mehr Unterstützung durch Fachleute, wie z. B. Psychologen geben. Bisher habe man die Forderung nach mehr Personal in der Diskussion nicht differenziert, nun aber durch Herrn Liedl schon. Herr Mooser merkt an, dass teilweise verschiedene Träger arbeiten würden. Diese seien durch Kultusbereich oder Arbeitsministerium etc. finanziert. Es gelte; andere Träger → andere Ausschreibungen. Er erklärt, dass teilweise zwei unterschiedliche Kostenträger an einem Kind arbeiten würden. Laut ihm würden dadurch andere Zuständigkeiten und Kosten entstehen. Herr Liedl fügt hinzu, dass nicht nur Kultus- und Arbeitsministerium involviert seien. Herr John fasst zusammen, dass die Schaffung gelingender Regelsysteme nötig ist und nicht die Reparatur im Vordergrund zu stehen habe. Herr Haas hebt nochmal die Sinnhaftigkeit von Jugendsozialarbeitern an Schulen hervor. Herr Mooser erklärt, dass eine JaS vom Sozialministerium genehmigt werden müsse. Herr Haas hält es für sinnvoll, alles in einem Gebäude und einem Ministerium zu bündeln. Man solle keinen Leuchtturm schaffen, sondern dies zum allgemeinen Standard machen. Es würde nicht nur an Barrierefreiheit fehlen. Frau Zwosta vom Ambulanten Dienst der Schulbegleitungen der KJF Regensburg möchte den Fokus darauf legen, wo etwas gelingen kann und was schon gelingt. Darüber, wer zahlt, könne man sich lange streiten. Vielmehr müsse man den Blick darauf richten, was das Kind brauche, wo Inklusion gelinge und warum. Man müsse von Finnland lernen. Dort würden zwei Lehrer viel abfangen. Man müsse sich fragen, wie man dahin komme. Inklusion sei jetzt schon ein Gesetz und es gebe keine generelle Möglichkeit der Gegenwehr mehr. Der Lernort könne von den Eltern per Gesetz gewählt werden. Sie hoffe, dass Schulbegleitung ein auslaufendes Modell ist. Man brauche heil- und sozialpädagogisches Wissen. ADHS-Kinder würden häufig zu kurz kommen. Lehrer müssten geschult werden. Sie halte die Diskussion, wem man die Kosten zuschustern könne und wer Träger ist, nicht für effektiv. Eine Zuständigkeit wäre wichtig und ein Fokus auf das Kind. Herr John splittet die Ziele in kurzfristig und langfristig auf: Langfristig müsse man in Schulen unterschiedliches Fachpersonal etablieren. Kurzfristig bedürfe es mehr Fachpersonals bei bestimmten Bedarfen von Kindern.

Frau Zwosta betont außerdem die Wichtigkeit neutraler Beratung. Oft habe sie gehört, dass die Eltern mit der Botschaft „mein Kind soll ins Förderzentrum“ aus der Beratung gegangen seien. In Tegernheim gebe es eine neutrale Beratungsstelle. Es sei oberstes Gesetz der Sozial- und Jugendhilfe, nicht die Botschaft nach Unterbringung ins Förderzentrum in den Vordergrund zu stellen. Herr John unterstreicht, dass Eltern darin

gestärkt werden sollten, ihre Rechte einzufordern. Bei langen Prozessen helfe die Servicestelle im Landratsamt. Herr Faltermeier wendet sich an Herrn Liedl. Er berichtet, dass es MSDs in Mittelschulen gebe und in beruflichen Schulen noch fast gar nicht. Eigentlich müsste jemand von St. Vincent vom KJF kommen. Fünf Prozent der Schüler hätten Förderbedarf, eigentlich bräuchte man einen kompletten Lehrer für Verhaltenspädagogik. Herr John schließt daraus, dass es Fachkräfte gibt, diese aber den Weg nicht finden würden, wo sie eigentlich gebraucht werden. Man müsse es schaffen, die fachlichen Ressourcen dort hinzubringen, wo sie benötigt würden.

Herr Kammermeier knüpft an das Beratungsthema an. Er habe für sein Kind einen Antrag auf Schulhelfer gestellt und alle Unterlagen beigebracht. Er habe eine sehr einseitige Beratungslinie erfahren, mit der Botschaft, dass sein Kind in eine Förderschule gehöre. Es sei gesagt worden, dass Eltern für die Finanzierung von Schulhelfern herangezogen werden könnten. Dies sei allerdings eine gezielte Falschaussage. Man wolle ihnen den Schulhelfer verwehren. Das Jugendamt hätte die Tochter nicht eine Sekunde lang gesehen. Das Jugendamt der Stadt Regensburg würde anscheinend nicht zum Wohl des Kindes arbeiten. Herr Mooser erklärt, dass es sich hier um Einzelfall handle, den er gegebenenfalls abklären lassen könne. Laut ihm stellt die Organisation Frau Zwosta 95 % der Schulbegleiter. In den letzten drei bis vier Jahren habe es sich so entwickelt, dass man inzwischen 130 Schulbegleiter in der Oberpfalz habe. Es handle sich um eine Eingliederungshilfe, weswegen die Diagnose eines Facharztes nötig sei. Es gebe zwei unterschiedliche Kostenträger, nämlich das Jugendamt für geistige und den Bezirk für körperliche Behinderung. Frau Zwosta berichtet von einer guten Zusammenarbeit und dass die Arbeit vor Ort sehr gut gemacht werde. Es werde auf das Kind geguckt und deswegen sei es ein sehr gelungenes System.

Frau Klepatz bedauert, dass man eineinhalb Jahre vorher nicht wisse, in welche Schule das Kind kommen werde. Man würde immer gesagt bekommen, dass man nicht wisse, wo was zustande kommt. Es werde nicht mehr vorausgeplant. Inklusionsklassen würden sich erst je nach Belegung entwickeln. Herr John dankt den Angehörigen für deren Perspektiven, die für den Arbeitskreis sehr wichtig sind. Klaus Dierl von den Staatlichen Schulämtern im Landkreis und in der Stadt Regensburg berichtet in diesem Zusammenhang von der vom Schulamt betriebenen Beratungsstelle in Tegernheim. Jetzt gebe es auch eine zweite Beratung in der Willi-Ulfig-Schule für die Stadt Regensburg. Es gebe an vier Standorten Profilklassen und sechs Kooperationsklassen. Herr John fragt an, ob er eine zahlenmäßige Benennung der Daten für den Bericht bekommen könnte, was bejaht wird.

Frau Klepatz erläutert, dass sie die Beratung aufgesucht habe, aber erst im April eine ungefähre Aussage über die Beschulung getroffen werden könne. Erst dann sei die Anzahl der Kinder klar. Sie wünscht sich mehr Sicherheit diesbezüglich, weil man gerade bei Kindern mit Behinderung mehr zu planen habe. Herr John fasst nochmal zusammen, dass zwar unabhängige Beratungsangebote existieren, diese aber v. a. auf Mittel- und Grundschulebene bezogen sind. Überdies ist die Zukunftsplanung schwierig und man müsse Sonderregelungen treffen. Frau Klepatz fügt noch hinzu, dass eine Einzelintegration in der Kommune immer möglich sei, man aber etwas Inklusives anstrebe. Herr Haas plädiert dafür, dass Beratungen an Schulen stattfinden, wie es in Frankreich und England der Fall sei. Es sei wichtig, die Ansprechpartner dort zu haben, weil die Schüler dort vernetzt sind. Auch in Südtirol gebe es eine Inklusionsberatung. Dort würde man sich um die Kinder kümmern. Herr John bringt an, dass bei Eltern häufig eine Verunsicherung bestünde, da sie viele Beratungsmöglichkeiten noch nicht kennen. Die Beratung werde noch nicht offen gehandhabt. Die Etablierung einer unabhängigen Schulberatung habe den Prozess schon vorangebracht, aber es sei noch viel Arbeit in Bezug auf Beratung nötig. Herr Abbenhues stellt fest, dass Bildung schnell auf die Zuständigkeit der Landesebene verwiesen sei. Das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz sei sehr kompliziert. Die Förderschulen seien ein Jahr im Vorhinein nicht in der Lage, eine Auskunft über ein künftiges Bestehen von Partnerklassen zu geben. Das Partnerklassenverfahren sei sehr kompliziert, aber positiv aufgrund der Peer-Group-Erfahrungen. Er berichtet ein Beispiel, wonach eine Tandemklasse erst im Juli abgesagt worden war. Durch eine Beschwerde auf Landkreisebene wurde die Tandem-Klasse letztendlich doch eingeführt. Generell biete die Frühförderstelle eine gute Beratung. Sie ermögliche aufgrund der jahrelangen Betreuung eine gute Einschätzung. Die finale Entscheidung liege aber bei den Eltern.

### **Angebot von regionalen Lehrschulungen**

Laut Herrn Abbenhues bietet Regensburg inklusiv Fortbildungen für Lehrer an Regelschulen an. Er ist der Meinung, das Schulamt solle das Thema Inklusion stärker aufgreifen. Somit sollen die Lehrer gestärkt werden, sich die Aufgabe zuzutrauen. Er plädiert dafür, Fortbildungen durch das Staatliche Schulamt anzubieten.

### **Kooperation und Vernetzung zwischen den Schulformen stärken**

Herr John setzt sich dafür ein, Fortbildungen über die verschiedenen Schultypen hinweg anzubieten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Inklusion eine Anforderung für Mittelschulen sei. Es müsse deswegen Fortbildungen für alle Schultypen geben.

Herr Spreitzer fügt an, dass auch für Regelschulen ein Recht auf inklusive Beschulung gelte. Es gebe Gesetze für ein Recht auf Begleitung. Im Gesetz sei das Budget festgelegt und Geld sei nicht das Problem. Für gehörlose Kinder gebe es ein fixes Budget, allerdings sei es oft ein langer Weg. Man müsse mit mehrfachen Widerspruch und Ablehnungen rechnen und erst ganz am Ende würde man eventuell eine Genehmigung bekommen.

Herr John schlägt einen Aktionstag Inklusion Schule vor. Das Gymnasium habe einen geringen Anteil Schüler mit Inklusionsbedarf. Es gebe nur ein enges Verhaltensspektrum, weshalb Inklusion nur zusammen mit anderen Schularten auf den Weg gebracht werden könne. Man müsse gemeinsame Wandertage oder Sportfeste organisieren. Es sei blockweiser Unterricht nötig, solange die Schulen noch unterschiedlich weit mit der Inklusionsumsetzung sind. Außerdem stelle es den Landkreis vor Herausforderungen, die Schüler von Gymnasium A nach B zu befördern. Er möchte wissen, ob die TeilnehmerInnen einen Aktionstag befürworten. Herr Mooser ist der Meinung, dass es schon viel gebe, was die Schule unternimmt. Allerdings habe er den Eindruck, dass Inklusion im Schulkreis noch nicht bei allen bekannt ist. Er bietet an, den Raum und die Einladung durch den Landkreis zu stellen. Den Aktionstag würde er für Lehrer anbieten wollen. Herr Abbenhues stimmt zu, dass Lehrkräfte sich häufig nicht auskennen würden. Herr Haas stellt fest, dass zehn bis zwölf Prozent der Bevölkerung anders ist, aber dennoch Teil der Gesellschaft. Er bezweifelt, dass ein Projekt von Förderschulen mit Gymnasien in den Köpfen etwas bewegt. Er habe selbst von Lehrern schon abfällige Bemerkungen über Förderschüler vernommen. Aus dem Plenum wird kritisiert, dass Schulen wie beispielsweise das Sonderpädagogische Förderzentrum in Neutraubling hier am Tisch fehlen. Herr Haas stimmt zu, dass Schulen teilweise nebeneinander stehen würden, aber nichts miteinander zu tun hätten. Die Lebenswelten zwischen den verschiedenen Schularten seien oft getrennt. Herr John erklärt, dass das gegliederte Schulsystem in Bayern eine Homogenität, aber auch Entfremdung erzeuge. Anders sei das bei den Werkrealschulen Baden-Württembergs. Inklusion betreffe alle Schularten, man müsse alle miteinbeziehen. Viele Schulen würden sich Gedanken über Inklusion machen. Herr Liedl kritisiert, dass Berufsschulen

häufig vergessen würden. Dabei gebe es dort bereits Klassen vom Förderschüler bis zum abgebrochenen Student. Dies sei schon Alltag. Er plädiert dafür, die Beschreitung neuer Wege zu versuchen.

Herr John erläutert, dass die nun gemachten Vorschläge in einen Text übersetzt werden und man diesen beim nächsten Mal durchsehen werde. Er ist begeistert, dass man immer wieder neue Perspektiven kennen lerne.

#### **4 Verabschiedung durch Herrn Mooser**

Herr Mooser beendet die Arbeitsgruppensitzung und dankt den TeilnehmerInnen mit besonderer Berücksichtigung der Angehörigen. Er verweist auf die 3. Runde der Arbeitsgruppe Schule und Erziehung, die am 13.07.16 um 19:30 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Landratsamts Regensburg stattfinden wird.

Für das Protokoll

Elena Tiedemann

Michael John

BASIS-Institut

#### **ANHANG**

**Internetadresse zu Aktionsplan Inklusion und Demographie:**

[https://www.landkreis-regensburg.de/UnserLandkreis/Regionalentwicklung/Regionalmanagement/Inklusion\\_undDemographie.aspx](https://www.landkreis-regensburg.de/UnserLandkreis/Regionalentwicklung/Regionalmanagement/Inklusion_undDemographie.aspx)